

Nein zur 99%-Initiative

Juso-Initiative: verheerende Folgen für die Wirtschaft

Am 26. September kommt die Initiative der Juso «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern», besser bekannt als 99%-Initiative, zur Abstimmung. Der Gewerbeverband Basel-Stadt warnt vor dieser radikalen Initiative, die bei Annahme verheerende Folgen für die Wirtschaft hätte.

Die Initiative der Jungsozialistinnen Schweiz (JUSO Schweiz) verlangt, dass Kapitaleinkommen im Umfang von 150 Prozent besteuert werden. Laut dem Initiativtext ist nicht genau festgelegt, was unter Kapitaleinkommen verstanden wird. Sicher ist, dass dazu Dividenden, Zinsen und vieles mehr zählen. Der Bundesrat hat die Initiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung empfohlen. Auch die eidgenössischen Räte lehnen die Initiative der Juso ab.

Massive Schädigung der Wirtschaft

Eine Annahme der vorliegenden Initiative hätte verheerende Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Private wie auch Unternehmen müssten zusammen mit den heute schon belastenden Vermögenssteuern noch mehr Steuern bezahlen, was zu einem weiteren massiven Nachteil im Steuerwettbewerb führen würde. Unternehmen könnten zudem nicht mehr im selben Mass in ihre Produktionskapazitäten investieren. Schliesslich wäre mit Konkursen, einer Abnahme von Arbeitsstellen und einer starken Verringerung der Lebensqualität zu rechnen. Ausserdem würden Unternehmenseigentümer stark belastet werden im Falle einer Dividendenausschüttung. Hier geht es wortwörtlich an die Substanz des Schweizer Firmenbestands: Über 80 Prozent der Unternehmen in der Schweiz sind Familienunternehmen, knapp die Hälfte davon wird familienintern weitergegeben. Bei ohnehin schwierigen Nachfolgeprozessen würden wohl viele aufgeben, wenn das Geschäft aufgrund der überhöhten Besteuerung faktisch liquidiert werden muss.

Breite Betroffenheit

So wie die Initiative angelegt ist und die Initianten sie auslegen, ist die Betroffenheit zudem viel breiter als behauptet. Der genannte Schwellenwert von «beispielsweise 100 000 Franken» ist nur eine scheinbare Erleichterung. Unternehmerdividenden



und private Kapitalgewinne könnten ab dem ersten Franken höher besteuert werden. Betroffen davon wären auch Unternehmer in kleineren Verhältnissen, Kleinanleger sowie Hausbesitzer bei Verkäufen. Zudem sind auch die Kantone betroffen, denn die Initiative greift in die Steuerhoheit der Kantone ein und stellt insbesondere die kantonalen Vermögenssteuern infrage. Der Gewerbeverband Basel-Stadt empfiehlt Ihnen daher dringend, die vorliegende 99%-Initiative abzulehnen.



«Spitzhacke»

KOLUMNE

Unterzuckerte Zebrastreifen

Na? Hat Sie der Titel neugierig gemacht? Und was soll das überhaupt? Unterzuckerte Zebrastreifen gibt's doch nicht! Völlig richtig. Aber es gibt zwei Sommerkuriositäten, die entweder mit dem einen oder dem anderen zu tun haben. Und die Ihnen die «Spitzhacke» auf keinen Fall vorenthalten will.

Submissionen sind ja wahrlich kein Kindergeburtstag. Oft lang, kompliziert – aber manchmal auch überraschend witzig. Wie kürzlich in einer Ausschreibung zu einer Baustelleneinrichtung gesehen. So sei der «Vorbeugende Gesundheitsschutz während der regulären Bausitzungen» zu gewährleisten. OK, was könnte das sein? Gummibleistifte? Rutschfeste Stühle? Weit gefehlt. Es geht um «Unterzuckerungsschutz». Also um ein richtiges Znüni («Typ Bangerter»). Wäre ja noch schöner, wenn jemand mitten in der Sitzung keinen Zucker mehr im Tank hätte.

Die zweite Kuriosität stammt aus Bern. Dort fordern zwei Politiker «Regenbogen-Fussgänger:innenstreifen» in der Stadt. Statt Gelb also Regenbogenfarben. Nichts gegen das Anliegen an sich. Gott bewahre! Ein regenbogenfarbenes Stadion in der Bierhauptstadt Deutschlands? Kein Problem. Aber Signalisationen, welche der Verkehrssicherheit dienen? Vielleicht könnte man auch regenbogenfarbene Verkehrsampeln einführen? Wir fragen mal in Bern nach.